

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Bericht über Open Source Strategie für Berlin
Drucksachen 19/0480 und 19/0535 – Schlussbericht

Der Senat von Berlin
Skzl V A 1 Tr
90223-1557

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei – G Sen –

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -
über

Bericht über Open Source Strategie für Berlin

- Drucksachen- Nr. 19/0480 und 19/0535 - Schlussbericht -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 06.10.2022 Folgendes beschlossen:

„1. Für Berlin und die digitale Verwaltung soll der Grundsatz „Public Money for Public Code“ gelten. Bei der Softwarebeschaffung soll der Senat sicherstellen, dass aktiv nach Open-Source-Alternativen gesucht wird. Speziell für die Verwaltung erarbeitete Software soll grundsätzlich unter freie Lizenzen gestellt werden. Förderprogramme des Landes Berlin für IT-Projekte sollen diesen Ansatz ebenso verfolgen.

2. Ein grundsätzlicher Open-Source-Vorbehalt für alle Ausschreibungen und Vergaben von Software soll etabliert werden. Durch das Einbeziehen von Open-Source-Software wird nicht nur die Unabhängigkeit der gesamten IT-Landschaft sichergestellt, sondern auch herstellereinspezifische Sicherheitslücken eingedämmt, Flexibilität garantiert und die Konsumentensouveränität gestärkt.

3. Ein „Open Source BerlinPC“ soll entwickelt werden und als Referenz für alle entsprechenden Ausschreibungen dienen.

4. Der Senat wird gebeten, den Stellenwert von innovativen Beschaffungsinstrumenten wie Innovationspartnerschaften und vorkommerzielle Auftragsvergaben abzuschätzen und zu beschreiben, ob und ggf. wie sie zur (Weiter-)Entwicklung von Produkten eingesetzt werden können, bei denen erst mittel- und langfristig eine Marktreife erreicht werden kann.

5. Ein „Kompetenzzentrum Open-Source“ beim ITDZ soll eingerichtet werden, das die Verwaltungen bei Betrieb und Beschaffung von Open-Source-Software und -Lösungen unterstützt. Das ITDZ soll damit als zentrale Beratungsstelle für den Einsatz von Open-Source-Software fungieren.

6. Die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Unternehmen und anderen Entwicklern von Open-Source-Software soll weiter gefördert werden. Hierzu soll der Austausch zwischen Verwaltungsmitarbeitenden mit Externen gefördert werden.

Der Senat wird gebeten, dem Berliner Abgeordnetenhaus über die Umsetzung bis zum 31. Dezember 2022 und dann jährlich zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Die Open Source Strategie wurde im Dezember 2025 vom Senat beschlossen und geht 2026 in die Umsetzungsphase. Die Open Source Strategie schafft technische, organisatorische und prozessuale Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Digitaler Souveränität im Land Berlin durch Open Source. Die Strategie soll die Berliner Verwaltung befähigen, Hürden in Bezug auf Open Source Lösungen zu reduzieren und die Berliner Verwaltung in die Lage versetzen, Open Source Software als Basis für souveräne Entscheidungen zu nutzen und als strategisches IKT-Gestaltungsinstrument einzusetzen. Hierfür definiert die Strategie sieben strategische Maßnahmen und einen Handlungspfad für die folgenden sieben Jahre. Dabei setzt die Strategie auf jährliche Meilensteine, die ausgehend von einer Analyse des Ist-Bestandes über einen Kompetenzaufbau bei den Beschäftigten bis hin zur Analyse und Nutzung der potentiellen Open Source-Software verschiedene Dimensionen der Nutzung von Open Source abbilden. Ziel für das Jahr 2032 ist es, 70% der Komponenten des Software-Stacks des IKT-Arbeitsplatzes der Berliner Verwaltung auf Open Source Software basierend anzubieten.

Zu laufender Nummer 1 und 2:

Die Strategie setzt das Grundprinzip „Public Money, Public Code“ als einen strategischen Baustein fest und skizziert die Sicherung dieses Vorgehensmodells im Rahmen von Beauftragungsprozessen. Dies begünstigt, dass der Quellcode von Entwicklungen und Lösungen nicht erst in der finalen Phase auf der Plattform openCode abgelegt wird, sondern

bereits die Initiierung und Entwicklung dort stattfindet. Damit ist eine Beteiligung, Mitgestaltung, Nutzung entlang des Produktlebenszyklus direkt für alle Interessierten möglich. Gleichzeitig ist openCode erster Bezugspunkt und Anlaufstelle für die Berliner Verwaltung für Softwarelösungen.

Die Kriterien zur Digitalen Souveränität (u. a. freie Nutzung, Gestaltung, Anpassbarkeit und Kontrolle von Software-Lösungen) werden als zentrale Vergabekriterien etabliert und die verpflichtende Verwendung von offenen Standards (für Datenformate und Schnittstellen) eingeführt. Weiterhin müssen die Vergabekriterien technische, wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Aspekte zum Einsatz von Open Source umfassen, um eine fundierte und nachhaltige Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Dazu gehören auch die langfristige Wartbarkeit inklusive Sicherstellung von Upstream-Veröffentlichungen und qualitativer Third-Level-Support, die Absicherung der Lieferkette und die Gesamtkosten der Lösung.

Zusätzlich werden die Bereitstellung einer SBOM (Software Bill of Materials) in gängigen Formaten (z. B. gem. ISO/IEC 5962:2021), die Sicherstellung der Lizenz-Compliance, die Konformitäts-bestätigung zu ISO/IEC 5230:2020 und ISO/IEC 18974:2023 als Eignungskriterium bei Ausschreibungen und Vergaben für alle Lieferanten etabliert. Dies gewährleistet, dass alle Beteiligten die rechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen erfüllen und somit die Grundlage für einen sicheren, lizenzkonformen und verantwortungsvollen Umgang mit Open Source schaffen.

Zu laufender Nummer 3:

Der Senat versteht unter „BerlinPC Open-Source“ weiterhin den kontinuierlichen Prozess zur Erhöhung der Anzahl von Open Source Komponenten für den Betrieb und die Nutzung des standardisierten IKT-Arbeitsplatzes des Landes, mit seinem zentralen Modul dem „BerlinPC“. Aufgrund der hohen Dynamik der digitalen Transformation ist derzeit keine verlässliche Aussage darüber möglich, ob - und wenn ja wann - die Anzahl der Open Source Komponenten des BerlinPC 100 Prozent erreichen wird.

Für die strategische Weiterentwicklung des IKT-Arbeitsplatzes, wird aktuell vorrangig der Einsatz von Open Source Software in Form von digitalen Kollaborationswerkzeugen geprüft, um die Open Source Elemente in der Berliner Verwaltung und deren Alltagserleben zu erhöhen. Auch bei dem aktuellen Tool, das derzeit für die Videokonferenzen in Berlin (BigBlueButton) bereitgestellt wird, handelt es sich um eine Open Source Lösung.

Zu laufenden Nummern 4 bis 6:

Als ministerielle Einheit für die Verwaltungsdigitalisierung beobachtet die Senatskanzlei stetig den Markt hinsichtlich potentieller, für die Anwendung im Land Berlin geeigneter Open

Source Lösungen. Außerdem wird entsprechend der Ausführungen zu laufenden Nummern 1 und 2 geprüft, inwieweit die Beschaffung von Open Source Lösungen durch eine gesetzliche Vorgabe im Rahmen der Weiterentwicklung des EGovG Bln hin zu einem Digitalgesetz gestärkt werden kann.

Mit der Gründung des Open Source Kompetenzzentrums im Jahr 2023 wurde ein klares Zeichen für die Bedeutung von Open Source als Schlüsselkomponente einer modernen, digitalen Verwaltung gesetzt. Zur Umsetzung und Operationalisierung der Open Source Strategie für das Land Berlin wird daran anknüpfend dem zentralen IT-Dienstleister des Landes Berlin, dem ITDZ Berlin, die Aufgabe als Open Source Program Office übertragen.

Das ITDZ Berlin hat in dieser Rolle den Kernauftrag, den Einsatz von Open Source Software zu fördern, als Wissens- und Informationsplattform zwischen der Verwaltung sowie anderen staatlichen und zivilrechtlichen Institutionen zu agieren und nachnutzbare Verfahren und Kriterienkataloge zu entwickeln. Es fungiert als Transformationsbegleitung und zentrale Beratungsstelle für den Betrieb und die Beschaffung von Open Source Software für die Behörden des Landes. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern unterstützt und durch gezielte Kommunikationsmaßnahmen die Sichtbarkeit und Akzeptanz von Open Source Software in der Berliner Verwaltung erhöht. Synergiepotenziale in länderübergreifenden und internationalen IT-Kooperationen werden genutzt, um die strategische Verbreitung von Open Source Software voranzutreiben. Das ITDZ Berlin wird aktiv das Know-how im Open Source Ökosystem (Länder, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) bündeln.

Das Land Berlin hat somit in diesem Jahr wichtige Schritte erreicht, um Open Source als Bestandteil der Digitalen Souveränität im Verwaltungshandeln zu verankern. Darüber hinaus könnten weitere Schritte initiiert werden, in der Open Source Community wahrnehmbar und mehrwertstiftend aufzutreten. Dazu zählen neben der Gründung des Open Source Kompetenzzentrums, die Open Source Aktivitäten des Berliner CityLABs und die laufende Vernetzung mit weiteren Akteuren der Open Source Community. Das fördert Kooperationen und Vernetzungen mit Stakeholdern über die Plattform openCode. Im Sommer 2024 diskutierten beim gemeinsam von der Senatskanzlei und der IHK Berlin ausgerichteten Berliner Open Source Tag mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über Wege, wie sich Open Source-Lösungen auch in der Berliner Landes-IT umsetzen lassen. Außerdem wurden Best Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern vorgestellt, Anwendungsfälle skizziert sowie rechtliche und praktische Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet. Unterstützer dieses Tages waren das ITDZ Berlin sowie die Open Source Business Alliance. Für Anfang 2026 ist mit der IHK Berlin und der HTW Berlin ein weiteres gemeinsames Format zu Open Source geplant.

Wir bitten, den Berichtsauftrag/Beschluss für das Jahr 2025 als erledigt anzusehen.

Berlin, den 16.12.2025

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister